

Open Data/Transparenzportal Hamburg – Grundlagen, Umsetzung, Erfahrungen, Auswirkungen

Roswitha Murjahn und Sascha Tegtmeyer

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit den Grundlagen, der Umsetzung, den Erfahrungen und Auswirkungen von Open Data in Hamburg basierend auf den Anforderungen des dort seit 2012 geltenden Transparenzgesetzes. Der Fokus in diesem Beitrag liegt im Speziellen auf der Integration und Verwendung der beteiligten Geodaten. Es werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen aufgezeigt und es wird der Weg der technischen Umsetzung im Transparenzportal Hamburg auf Grundlage der Geodateninfrastruktur Hamburg nachvollzogen. Auswirkungen und Erfahrungen aus der Praxis runden den Blick auf dieses Themengebiet ab.

Summary

The article is dealing with the basics, the implementation, the experience and the impact of Open Data in Hamburg based on the requirements of the Transparency Law, which passed in 2012. The focus in this article is specifically on the integration and use of spatial data involved. The article is about the legal and organizational framework and also about the way of the technical implementation of spatial data in the Transparency Portal Hamburg based on the spatial data infrastructure Hamburg. Impact and practical experience rounds off the view on this topic.

Schlüsselwörter: Open Data, Open GeoData, Transparenzgesetz, Transparenzportal, Hamburg

1 Einleitung

Als erstes deutsches Bundesland erlässt Hamburg 2012 ein Transparenzgesetz und übernimmt damit deutschlandweit eine Vorreiterrolle. Für seine technische Umsetzung sah das Gesetz eine Frist von zwei Jahren vor. Die Umsetzung des Gesetzes stellte die gesamte Hamburger Verwaltung vor eine große Herausforderung. Im Oktober 2014 ging dann termingerecht das Kernstück des Gesetzes, das Transparenzportal, online. Damit stehen allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft eine Vielzahl von Daten und Dokumenten der Verwaltung zur Verfügung.

Die Konzeptionen und Aktivitäten zu Open Data und Open GeoData begannen in Hamburg bereits vor dem Inkrafttreten des Transparenzgesetzes und liefen bis zur Inbetriebnahme des Transparenzportals parallel zu den Umsetzungsarbeiten des Transparenzgesetzes. Mit dem Onlinegang des Transparenzportals ist das Open Data Portal Hamburg dann im neuen Transparenzportal Hamburg aufgegangen.

Im Folgenden wird auf das Hamburgische Transparenzgesetz und seine Umsetzung, und hier insbesondere auf die technische Umsetzung für die Veröffentlichung von Geodaten, eingegangen. Da der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) insbesondere durch die Veröffentlichung von Geodaten betroffen ist, beziehen sich die dabei gemachten Erfahrungen sowie die Auswirkungen des Transparenzgesetzes in erster Linie auf Geodaten.

2 Open-GeoData-Initiative in Hamburg

Im »Tätigkeitsbericht Informationsfreiheit 2010/2011« des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit konnte man noch lesen, dass zwar erste Schritte und gute Beispiele in Richtung Open Data existieren, die Freie und Hansestadt Hamburg aber noch nicht über eine einheitliche Open-Data-Strategie verfügt. Das änderte sich im Mai 2012 mit dem politischen Auftrag zum Aufbau eines Open Data Portals Hamburg.

Der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung unternahm seine ersten Schritte in Richtung Open Data Anfang 2012 mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe Open GeoData. Die Arbeitsgruppe erarbeitete bis April 2012 das Open-GeoData-Positionspapier des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung in Hamburg. Darin wurde vorgeschlagen, dass der LGV eine Open-GeoData-Initiative ergreift und zukünftig einen freien Zugang zu ausgewählten Geobasisdaten des LGV ermöglicht. Damit soll eine stärkere Nutzung der Geobasisdaten als Grundlage für Geofachdaten von Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft bewirkt und ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung geleistet werden.

Die Arbeitsgruppe hat die Geobasisdatenbestände des LGV hinsichtlich ihrer Eignung für Open Data untersucht. Dabei wurden zum einen die aktuellen nationalen und internationalen Open-Data-Entwicklungen berücksichtigt. Hierzu gehörten vor allem die Gesetzesinitiative des Bundes zur Änderung des Geodatenzugangsgesetzes (GeoZG) und die Entwicklungen in Berlin (Both 2011 und 2012, Berliner Open Data Day 2012) auf nationaler sowie die Entwicklungen in der britischen Landesvermessung (www.ordnancesurvey.co.uk) und in der Stadt Wien (Stadt Wien 2011) auf internationaler Ebene. Zum anderen wurden die weltweit anerkannten Open-Data-Prinzipien für die öffentliche Verwaltung (Graudenz 2010, Sunlight Foundation 2010, von Lucke 2010) berücksichtigt. Personenbezogene Geobasisdaten oder Geobasisdaten, die eine fachgerechte Verwendung erfordern, können nicht

als Open GeoData bereitgestellt werden und wurden abgegrenzt. Die übrigen Geobasisdaten wurden nach den Kriterien

- Erlöse durch den Verkauf der Geobasisdaten,
- Existenz von Vereinbarungen oder Verträge zur Lieferung von Geobasisdaten, u. a. mit dem Bund und anderen Bundesländern, und
- Bereitstellungsaufwand

untersucht. Im Ergebnis wurde vorgeschlagen, Open GeoData in Stufen einzuführen.

In der ersten Stufe waren mit den geotopographischen Rasterdaten diejenigen Datenbestände vorgesehen, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand und bei verhältnismäßig geringen Erlöseinbußen bereits einen Nutzen für die Öffentlichkeit erzielen lassen. Ferner bestehen bei diesen Datenbeständen keine vertraglichen Verpflichtungen, die einer Bereitstellung im Rahmen von Open GeoData entgegenstanden. Die jährlichen Erlöseinbußen sollten vom LGV getragen werden und entsprechend im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes berücksichtigt werden.

Für die zweite Stufe wurden Datensätze mit hohen Erlösen und hoher Nachfrage vorgeschlagen. Zur Umsetzung dieser Stufe wären Verhandlungen mit den Vermessungsverwaltungen des Bundes und der anderen Bundesländer, mit denen der LGV gemeinsame Vertriebsstrategien aufgebaut hat, erforderlich gewesen. Die jährlichen Erlöseinbußen bei Umsetzung dieser Stufe hätten eine Kompensation erforderlich gemacht.

Die Einführung des Open-GeoData-Gedankens wurde auf Basis des Positionspapiers in die E-Government- und IT-Strategie 2012–2016 des LGV als laufende Aktivität aufgenommen.

Im Februar 2013 startete dann offiziell das Open Data Portal der Hamburger Verwaltung. Beim Start des Open Data Portals stellten alle Behörden gemeinsam 60 Datensätze und Anwendungen bereit. Dazu gehörten Geobasisdaten des LGV und Geofachdaten anderer Behörden als auch Haushaltsdaten, schulstatistische Daten und Daten aus dem Sozial-, Bau- und Wirtschaftsbereich.

3 Das Hamburgische Transparenzgesetz

Parallel zu den Open-Data-Aktivitäten wurde in Hamburg an einem Transparenzgesetz gearbeitet. Im Januar 2012 entstand in Hamburg die Volksinitiative »Transparenz schafft Vertrauen«, deren Gegenstand der Gesetzentwurf zum Hamburgischen Transparenzgesetz war. Nach langen Verhandlungen haben sich die Bürgerschaftsfraktionen gemeinsam mit den Vertretern der Volksinitiative auf einen Gesetzentwurf geeinigt, den alle Fraktionen gemeinsam im Juni 2012 in die Bürgerschaft eingebracht und einstimmig beschlossen haben.

Das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG) trat am 6. Oktober 2012 in Kraft und löste das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz ab. Damit wurde aus dem In-

formationsrecht im Informationsfreiheitsgesetz eine Informationspflicht der Behörden im Transparenzgesetz, womit Hamburg bundesweit Maßstäbe im Umgang mit Daten der öffentlichen Verwaltung setzte.

Das HmbTG enthält Regelungen sowohl zur Veröffentlichungspflicht der Behörden, d. h. der Pflicht, aktiv Informationen bereitzustellen, als auch zur Auskunftspflicht der Behörden, d. h. der Pflicht, auf Antrag Informationen zu liefern. Die veröffentlichungspflichtigen Informationen sind in frei zugänglichen Standardformaten in einem Informationsregister zu veröffentlichen. Der Zugang zum Informationsregister ist anonym und kostenfrei. Die Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung der Informationen ist ebenfalls frei, soweit höherrangige oder spezialgesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmen. Für die Implementierung des Informationsregisters gewährte das HmbTG eine zweijährige Übergangsfrist, in der die rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Veröffentlichungspflicht geschaffen wurden. Dafür wurde eine behördenübergreifende Projektgruppe mit den drei Teilprojekten »Recht«, »Organisation« und »Technik« unter Leitung der Finanzbehörde, bei der die Open-Government-Strategie angesiedelt ist, eingerichtet.

Das Teilprojekt Recht beschäftigte sich mit der rechtlichen Auslegung des Gesetzes. Da das Gesetz nicht in der Verwaltung selber erarbeitet wurde, bestanden viele klärungsbedürftige Rechtsfragen zur Auslegung des Gesetzes. Die zu veröffentlichenden Informationen sind im Gesetz zum Teil genau definiert, wie z. B. das Baukataster, und zum Teil sehr pauschal gehalten, wie z. B. die Geodaten. Es gibt daneben eine Reihe Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht, wie z. B. personenbezogene Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Daher erarbeitete das Teilprojekt Recht zu jedem Veröffentlichungsgegenstand in Zusammenarbeit mit den Fachleuten rechtliche Auslegungsvermerke sowie Handlungsanweisungen als Arbeitshilfen für die veröffentlichungspflichtigen Stellen. So wurde auch ein rechtlicher Auslegungsvermerk und eine Handlungsanweisung zur Veröffentlichung von Geodaten erarbeitet, der die Veröffentlichung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung und der Geofachdaten aller Fachverwaltungen zum Gegenstand hat.

Im Teilprojekt Organisation wurden die Themen »Kommunikation«, »organisatorische Änderungen«, »Information« und »Schulungen« bearbeitet. Es wurden regelmäßig Informationsveranstaltungen und Austauschrunden mit den Ansprechpartnern in den Behörden durchgeführt. Der Workflow für die Veröffentlichung von Dokumenten und Daten wurde konzipiert und die Einführung in den Behörden geplant. Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden differenziert je nach Bedarf vorbereitet, geplant und organisiert.

Das Teilprojekt Technik baute das Informationsregister mit dem Transparenzportal auf, band die Liefersysteme daran an und entwickelte einen Veröffentlichungswork-

flow für Dokumente und Daten, die nicht automatisiert in das Informationsregister gelangen konnten.

Das Transparenzportal startete planmäßig im Oktober 2014 mit ca. 20.000 Datensätzen, die alle veröffentlichungspflichtigen Informationen seit Oktober 2012 beinhalteten. Da im Transparenzportal sehr unterschiedliche Informationen (z.B. Dokumente, Daten, Anwendungen) veröffentlicht werden, wird der Begriff »Datensatz« an dieser Stelle im Transparenzportal allgemein für eine Information verstanden. Ein Datensatz kann ein Dokument (z.B. eine Verwaltungsvorschrift) oder alle Daten aus einem Fachverfahren (z.B. alle Hamburger ALKIS-Daten) oder eine Anwendung (z.B. Hamburger Luftmessnetz-Portal) sein. Inzwischen ist die Zahl der Datensätze auf fast 50.000 (Stand: 06/2016) angestiegen. Dieser enorme Anstieg zeigt, dass der durch das Transparenzgesetz angestoßene Kulturwandel in der Hamburger Verwaltung angekommen ist. Die hohe Anzahl von Seitenaufrufen (ca. 900.000 im April 2016) zeigt zudem, dass auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft das Angebot im Transparenzportal sehr gut annehmen.

4 Auswirkungen des Transparenzgesetzes

Auf Basis des Transparenzgesetzes sind weit mehr Geobasisdaten zu veröffentlichen, als nach dem Stufenkonzept zu Open GeoData ursprünglich beabsichtigt war. Von der Ausnahme zur Veröffentlichungspflicht nach Transparenzgesetz sind bei den Geobasis- und Geofachdaten nur die Daten ausgenommen, die zum einen dem Schutz personenbezogener Daten und zum anderen Spezialgesetzlichen Regelungen unterliegen. Damit sind folgende Geobasis- und Geofachdaten des LGV nicht veröffentlichungspflichtig:

- Alle Angaben zu den Eigentümer(inne)n und den Inhaber(inne)n von grundstücksgleichen Rechten (§ 11 (3) Nr. 4 HmbVermG)
- Die digitalen Orthophotos mit einer Auflösung von 10 cm (DOP 10), da sie in Abstimmung mit dem HmbBfDI als datenschutzrelevant festgelegt wurden.
- Die Daten des Baulastenverzeichnisses, da sie personenbezogene Eigentümerangaben enthalten.
- Die Kaufpreissammlung, da sie personenbezogene Angaben zu den Vertragsparteien enthält.
- Der Hinweis »Kampfmittelverdacht«, der in ALKIS® in der Objektart »Sonstiges Recht« geführt wird, da die zuständige Stelle dieses nicht freigegeben hat.
- Die Daten des Grenznachweises, da sie nach § 10 (4) HmbVermG nur übermittelt werden dürfen, wenn eine fachgerechte Verwendung gewährleistet ist.
- Die Daten des geodätischen Bezugssystems, da ihrer Veröffentlichung öffentliche Belange entgegenstehen.

Da bisher die Geodaten vermarktet wurden, führt die unentgeltliche Bereitstellung der Geodaten zu erheblichen Erlöseinbußen für den LGV. Anhand der in 2011 erzielten

Erlöse wurden die Erlöse für die Daten, die im Informationsregister zu veröffentlichen sind, ermittelt. Danach gehen dem LGV durch das HmbTG jährlich ca. 0,75 Mio. Euro Erlöse von privaten Kunden verloren. Dieses wurde im Wirtschaftsplan ab 2015 entsprechend berücksichtigt und die Erlöseinbußen zum großen Teil von der aufsichtsführenden Behörde, der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, kompensiert. Um den Erlöseinbußen entgegenzuwirken hat der LGV zudem sein Angebot an kostenpflichtigen Dienstleistungen erhöht.

Die Veröffentlichung der Geodaten und der Dokumente war außerdem eine Herausforderung in personeller Hinsicht. Neben dem Umdenken, dass plötzlich fast alle Geodaten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden und dass viele Dokumente öffentlich zugänglich gemacht werden mussten, kamen neue Arbeitsabläufe hinzu. Es mussten die Server mit den Geodaten termingerecht aufgebaut werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult und ein Support für die Anwender des Transparenzportals eingerichtet werden. Es gab anfänglich die Befürchtung, dass die Supportanfragen enorm steigen würden. Mit dem Onlinegang des Transparenzportals stiegen die Anfragen auch stärker an, inzwischen halten sie sich aber im normalen Rahmen. Es kamen bisher auch in erster Linie technische Fragen zu den Geodaten.

5 Geodaten im Transparenzportal Hamburg

Bei der Integration von Datenbeständen in das Transparenzportal sollten vorzugsweise bestehende Strukturen genutzt werden. Im Fall der Geodaten konnte 2012 auf eine funktionierende Geodateninfrastruktur in Hamburg (GDI-HH) aufgebaut werden. Mit dem Hamburger Metadatenkatalog (HMDK®) existierte sowohl eine Plattform für Metadaten und mit dem sogenannten Fachdatenserver eine zentrale Serverinfrastruktur zur Ansicht und zum Download von Geodaten über standardisierte Geowebdienste. Durch die Kooperation mit den Bundesländern Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde der HMDK® zwischenzeitlich in MetadatenVerbund (MetaVer®) umbenannt und ist über die Adresse www.metaver.de erreichbar.

5.1 Die Rolle der Metadaten

Das bereits 2013 gestartete Open Data Portal Hamburg basierte auf der Open Source Software Comprehensive Knowledge Archive Network (CKAN) und nutzte bereits die vom MetaVer® angebotene standardisierte OGC-Schnittstelle Catalogue Service Web zur Übertragung von Metadaten in das Open Data Portal. Mit dem sogenannten »harvesting« werden dabei Metadaten in XML von dem Portal regelmäßig geerntet und in das eigene System integriert.

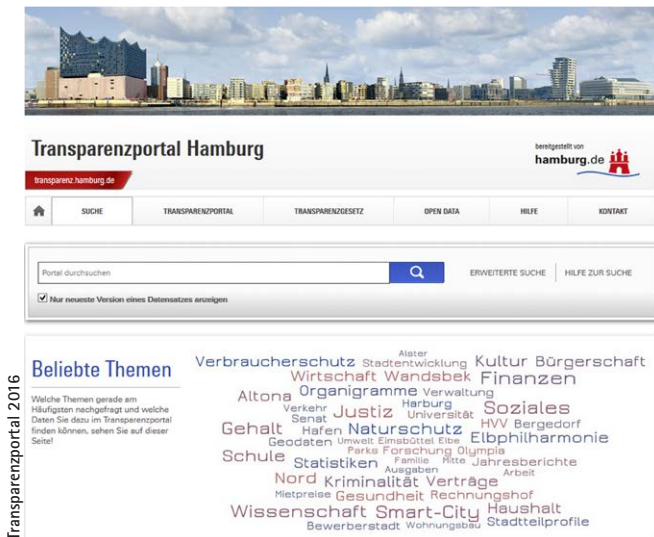


Abb. 1: Beliebte Themen im Transparenzportal Hamburg

Das in Abb. 1 dargestellte Transparenzportal sollte auf dem Open Data Portal aufbauen und MetaVer® weiterhin als Quelle verwenden, sodass entschieden wurde, auch hier CKAN einzusetzen und ein entsprechend angepasstes Metadatenmodell für die nötigen Liefergegenstände aus dem Transparenzgesetz zu entwickeln. Insgesamt existieren derzeit 57 Fachverfahren der Stadt Hamburg mit eigener IT-Umgebung und entsprechend unterschiedlichen Datenzugangsmöglichkeiten für das Transparenzportal. Für diese sogenannten Liefersysteme mussten größtenteils individuelle Schnittstellen programmiert werden. Insgesamt betreibt das Transparenzportal 14 Harvester, die z.B. für die Geodaten den HMDK® jeden Tag um 19 Uhr harvesten und dann einen eigenen Index aufbauen, sodass am nächsten Tag die aktuellen Metadaten aus MetaVer® im Transparenzportal einfach und schnell zu finden sind. Auf eine ähnliche Art und Weise finden die im Transparenzportal Hamburg enthaltenen Geodaten auch ihren Weg vom Transparenzportal in das Open Data Portal Deutschlands GovData [GovData 2016].

Damit alle relevanten Datensätze mit den nötigen Inhalten den Weg aus MetaVer® ins Transparenzportal finden, musste MetaVer® entsprechend angepasst werden. Technische Grundlage von MetaVer® ist die modular auf-

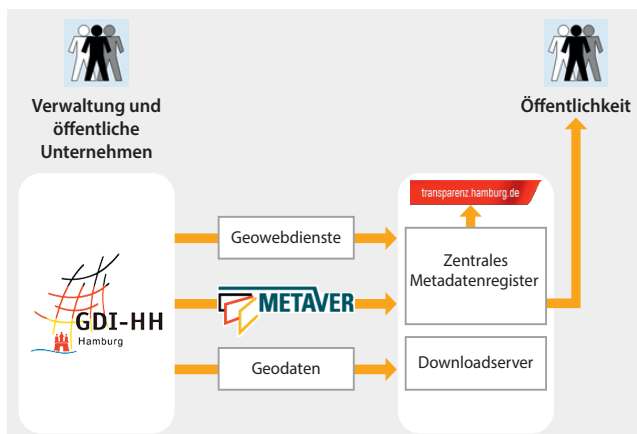


Abb. 2: Anbindung der GDI-HH an das Transparenzportal

gebaute Open Source Software InGrid. Der Name InGrid steht hierbei für »Information Grid« – Informationsnetz. Die Software wurde für den Betrieb des zentralen Umweltportals der Umweltverwaltung von Bund und Ländern in Deutschland (PortalU) entwickelt und ist so konzipiert, dass sie auch auf anderen Ebenen und in unterschiedlichen Einsatzbereichen genutzt werden kann.

MetaVer® wurde so angepasst, dass Datensätze als Open Data zu kennzeichnen sind und entsprechende Open-Data-Kategorien zuzuordnen sind. Nur so gekennzeichnete Datensätze im MetaVer® Katalog finden ihren Weg in das Transparenzportal. Die Abb. 2 veranschaulicht die Anbindung der GDI-HH an das Transparenzportal.

5.2 Zugriff auf Geodaten









Damit Geodaten im Transparenzportal abrufbar sind, müssen jedem Datensatz Ressourcen zugeordnet werden. Hinter diesen Ressourcen stehen Links zum Abruf der Geodaten in offenen Formaten, wie zum Beispiel GML, PNG, JPEG, CSV oder über den OGC-Geowebdienst Web Feature Service (WFS). Im MetaVer® werden jedem Geodatensatz darstellende Dienste und Verweise im Internet zugeordnet. Diese Informationen werden beim Harvesting im Transparenzportal ausgelesen und als Ressourcen dem Datensatz zugeordnet. Weiterhin werden im Transparenzportal auch der darstellende Dienst eines Datensatzes als OGC Web Map Service (WMS) sowie der eigentliche Aufruf des Datensatzes in MetaVer® ausgelesen und als Ressourcen bereitgestellt.

In der Praxis hat sich erwiesen, dass es Probleme beim alleinigen Download größerer vektorbasierter Datensätze über einen WFS gibt. Neben der Belastung der anbietenden Serverinfrastruktur der GDI-HH gibt es oft Probleme auf Seiten der abrufenden Anwendungen, die größere GML-Dateien wegen Arbeitsspeicherauslastung oftmals nicht verarbeiten können. Geodatensätze, deren GML-Datei größer als 15 MegaByte ist, werden daher alternativ auch als ausgeleitete gezippte GML-Dateien angeboten. Die Aktualisierungsraten werden dabei mit den Dateneigentümern individuell abgestimmt.

In der Abb. 3 werden beispielhaft die Ressourcen des Datensatzes ALKIS® Verwaltungsgrenzen dargestellt. Hier erkennt man sowohl die Anbindung an Geowebdienste wie auch den Link auf aktuelle und historische Downloadressourcen.

Das Transparenzgesetz schreibt vor, dass Daten über standardisierte offene Formate zugänglich gemacht werden sollen. Im Transparenzportal Hamburg ist man im Fall der Geodaten aus Gründen der Nutzbarkeit noch einen Schritt weiter gegangen und bietet eine Vorschau auf die vorhandenen Geodaten über das angebundene Geoportal Geo-Online an. Geo-Online war schon vor dem Transparenzportal das zentrale hamburgische Geodatenportal und vereint sämtliche frei verfügbaren Geodaten der GDI-HH in einer interaktiven webbasierten Geoda-

Ressourcen

	Name: Dienst "WFS Verwaltungsgrenzen" (GetCapabilities) Format: WFS (Größe: 9.2 KB)
	Name: Dienst "WMS Verwaltungsgrenzen" (GetCapabilities) Format: WMS (Größe: 25.6 KB) KARTE
	Name: LGV im Internet Format: HTML (Größe: 0.1 MB)
	Name: Dokumente der GeoInfoDok Format: HTML (Größe: 0 KB)
	Name: Download ALKIS Verwaltungsgrenzen, 2014-09 (GML) Format: ZIP (Größe: 2.6 MB)
	Name: Geo-Online - Portal Hamburg Format: HTML (Größe: 12.4 KB)
	Name: Download ALKIS Verwaltungsgrenzen, 2016-03 (GML) Format: ZIP (Größe: 2.5 MB)
	Name: Metadatenbeschreibung aus dem MetaVer Format: HTML (Größe: 65.5 KB)

Lizenz: [Datenlizenz Deutschland Namensnennung 2.0](#)

Namensnennung: Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Schlagwörter: 1 1000, 1 2000, 1 500, AAA, AdVMIS, Administrative units, Amtlich, Bezirksgrenzen, Datenmodell, Gemarkungsgrenzen, ...

Abb. 3: Ressourcen des Datensatzes ALKIS® Verwaltungsgrenzen im Transparenzportal

tenanwendung. Geo-Online basiert auf der im LGV entwickelten Masterportal-Technik und ist als Open Source Software unter <https://bitbucket.org/lgv-g12/lgv> zu finden und frei wiederverwendbar.

Damit eine Verknüpfung von jedem Datensatz aus dem Transparenzportal zu einer Ansicht in Geo-Online möglich wurde, mussten hier sämtliche Geodatensätze im MetaVer® mit den zugehörigen Geowebdiensten gekoppelt werden. Auf diese Weise können im Transparenzportal gefundene Geodatensätze über einen Vorschau-Knopf (KARTE) in Geo-Online direkt betrachtet werden. So wird dem Bürger und anderen Interessensgruppen ohne Expertenwissen ein schneller und einfacher Zugang zu den Geodaten im Transparenzportal gewährt.

Eine Herausforderung an die Geodaten besteht zusätzlich noch in der Forderung des Transparenzgesetzes, alle einmal im Transparenzportal enthaltenen Daten über einen Zeitraum von zehn Jahren anzubieten. Diese Forderung wurde in den ersten beiden Jahren des Transparenzportals so umgesetzt, dass archivierte Versionen der Geodatensätze als zusätzliche Ressourcen hinzugefügt wurden, wobei die vormals geltende Ressource weiter

bestand. Das führte zu einem ausgeprägten Ressourcenangebot für einige Geodatensätze.

Seit kurzem wurde das Transparenzportal dahingehend erweitert, dass bei Änderung eines Metadatenatzes aus MetaVer® der vorher gültige zugehörige Metadatenatz im Transparenzportal gemeinsam mit den zugehörigen Downloadressourcen archiviert wird. So können nun sowohl die aktuellen Versionen der Datensätze mit den aktuellen Metadaten und den zugehörigen aktuellen Downloadressourcen abgerufen werden. Zusätzlich ist es möglich, alle Vorgängerversionen der Datensätze im Transparenzportal aufzurufen.

5.3 Auswirkungen und Erfahrungen

Die Vorgaben aus dem Transparenzgesetz bezüglich Geodaten haben die Anzahl der in der GDI-HH verfügbaren Geodatensätze als auch Geodatendienste in die Höhe schnellen lassen. Dabei ist die Anzahl der in MetaVer® beschriebenen Geowebdienste von 130 Anfang 2014 auf 280 Anfang 2015 gestiegen. Im selben Zeitraum hat sich die Anzahl der in MetaVer® beschriebenen Datensätze von 1.300 auf 2.400 erhöht. Dies und auch die beschriebene technische Umsetzung der Daten-Dienste-Kopplung im MetaVer® haben die Umsetzung der europäischen Richtlinie INSPIRE in Hamburg erheblich befördert und auch innerhalb der Verwaltung zu mehr Akzeptanz und Nutzbarkeit von Geodaten und den zugehörigen Metadaten geführt. Mit der Integration von offenen Geodaten in die GDI-HH, hat jede hamburgische Behörde eine schnelle und einfache Möglichkeit, ihre Geodaten im Transparenzportal zu veröffentlichen. Die Metadaten haben dabei eine für alle Beteiligten bedeutsamere Rolle bekommen. Sie wurden zur Nutzung im Transparenzportal inhaltlich überarbeitet und zur reibungslosen Übertragung ausführlich qualitätsgesichert.

Durch die hohe Anzahl an einfach zugänglichen Geodaten in einer stabilen performanten Geodateninfrastruktur konnten parallel innerhalb der Verwaltung viele Geschäftsprozesse optimiert werden, deren Ergebnisse im Transparenzportal wieder veröffentlicht werden. Beispielhaft sei hier der Weg der georeferenzierten Hausnummernvergabe genannt.

Die Nutzung der Geodaten der GDI-HH hat sich über den einfachen und freien Zugang im MetaVer® und Transparenzportal sowohl in der Außenwirkung als auch verwaltungsintern deutlich erhöht. Neben den häufigsten Suchbegriffen 2016 im Transparenzportal (Flüchtlingsunterkünfte, Olympia, E-Commerce) sind der Begriff Geodaten und konkrete Geodathemen beinahe immer in den zehn häufigsten Suchbegriffen enthalten.

Eine Auswertung der zehn häufigsten Datei-Downloads der Geodaten aus dem Transparenzportal Hamburg ergibt für Mai 2016 folgenden beispielhaften Überblick:

- Straßenverkehrslage auf Autobahnen (ca. 50.000 heruntergeladene Dateien),

- Bebauungspläne (ca. 25.000 heruntergeladene Dateien),
- Parkhausinformationen (Parkleitsystem) (ca. 23.000 heruntergeladene Dateien),
- Bodenrichtwerte, verschiedene Jahrgänge (ca. 2.000 heruntergeladene Dateien),
- Digitale Orthophotos in 20 cm Auflösung (ca. 500 heruntergeladene Dateien),
- 3D-Stadtmodell LOD 1 (ca. 450 heruntergeladene Dateien),
- ALKIS® Verwaltungsgrenzen (ca. 400 heruntergeladene Dateien),
- ALKIS® Adressen (ca. 400 heruntergeladene Dateien),
- Artenkataster (ca. 400 heruntergeladene Dateien),
- ALKIS® ausgewählte Daten (ca. 300 heruntergeladene Dateien).

An dieser Liste ist zu erkennen, dass gerade Echtzeitdaten wie die Straßenverkehrslage auf Autobahnen oder die aktuelle Parkhausbelegung von großem Interesse für die Nutzer ist. Neben den politisch und gesellschaftlich immer im Fokus stehenden Bebauungsplänen folgen die ebenso interessanten Bodenrichtwerte. Die aufgeführten Geobasisdaten halten sich seit Start des Transparenzportals 2014 stabil bei den aufgeführten Werten und zeigen eine deutliche Nutzung durch die Open-Data-Community.

6 Fazit und Ausblick

An der Verbesserung und Weiterentwicklung des Transparenzportals wird kontinuierlich gearbeitet. Im Bereich der Geodaten soll das Transparenzportal zukünftig noch um weitere Funktionen erweitert werden. So sind die Georeferenzierung von Dokumenten und die dahingehende Auswertbarkeit in der Suche geplant. Angedacht ist eine kartenbasierte Ergebnisdarstellung der Suchergebnisse als sinnvolle Erweiterung. Sogar eine mögliche Benachrichtigungsfunktion zu neu veröffentlichten Dokumenten in einem vorher festgelegten räumlichen Gebiet ist dann möglich.

Auch wenn der Aufbau und der weitere kontinuierliche Ausbau des Transparenzportals eine Herausforderung in finanzieller, technischer und personeller Hinsicht für die Hamburger Verwaltung war und ist, gingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LGV positiv an diese neuen Aufgaben heran. Der Aufbau des Transparenzportals wurde als Chance und als Beitrag zur Wirtschaftsförderung gesehen. Damit können die Geodaten einem weitaus größerem Nutzerkreis und einer weitaus größeren Nutzung außerhalb aber auch innerhalb der Verwaltung zugeführt werden. Die Höhe der Downloadzahlen bestätigt, dass um ein Vielfaches mehr an Geodaten vom Transparenzportal heruntergeladen wurde, als vor dem Transparenzportal verkauft wurde. Wer diese Daten nutzt und wofür, ist allerdings schwer nachvollziehbar, da der Zugriff auf das Transparenzportal anonym erfolgt. Daher

hat die Fachliche Leitstelle eine Befragung der Anwender des Transparenzportals über die Startseite durchgeführt. Das Ergebnis wird mit Spannung erwartet.

Literatur

- Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit: Tätigkeitsbericht Informationsfreiheit 2010/2011, Hamburg, 2011.
- Bekel, Katrin: Ein Jahr Transparenzportal im Staatsarchiv; Archivjournal, Neuigkeiten aus dem Staatsarchiv Hamburg, Ausgabe 01/2016.
- Berliner Open Data Day 2012: Berliner Open Data Agenda, <http://berlin.opendataday.de/agenda>, letzter Zugriff 03/2012.
- Both, W.: Von der öffentlichen zur offenen Verwaltung – Offener Zugang zu frei verfügbaren Datenbeständen der öffentlichen Hand, Stadt Berlin, 2011, www.berlin.de/imperia/md/content/verwaltungsmodernisierung/leitungstagung2011/110531_pr__sentation_both.pdf?start&ts=1308733393&file=110531_pr__sentation_both.pdf, letzter Zugriff 08/2016.
- Both, W., Schieferdecker, I.: Berliner Open Data-Strategie, Fraunhofer FOKUS im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung in Berlin, 2012.
- Eurogeographics, Members' Newsletter 01/12.
- Graudenz, D., Krug, B., Hoffmann, C., Schulz, S., Warnecke, T., Klessmann, J.: Vom Open Government zur Digitalen Agora, ISPRAT, 2010.
- Stadt Wien: Der Weg zu Open Government (Data) Wien, 2011, <http://data.wien.gv.at/neuigkeiten/wege>, letzter Zugriff 03/2012.
- Sunlight Foundation: Ten principles for opening up government information, 2010, <http://sunlightfoundation.com/policy/documents/ten-open-data-principles>, letzter Zugriff 08/2016.
- von Lucke, J., Geiger, C.: Open Government Data – Freiverfügbare Daten des öffentlichen Sektors – Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen, Zeppelin Universität, 2010
- www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3832042/2013-02-15-fb-open-data-portal-hamburg, letzter Zugriff 03/2016.
- www.ordnancesurvey.co.uk, letzter Zugriff 08/2016.
- www.transparenz.hamburg.de, letzter Zugriff 06/2016.
- www.govdata.de, letzter Zugriff 06/2016.

Anschrift der Autoren

Dipl.-Ing. Roswitha Murjahn
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
 Tel. 040 428265465
roswitha.murjahn@gv.hamburg.de

Dipl.-Geoinf. Sascha Tegtmeyer
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
 Tel. 040 428265746
sascha.tegtmeyer@gv.hamburg.de

Dieser Beitrag ist auch digital verfügbar unter www.geodaesie.info.